

Presseinformation 30/2024

Agrophotovoltaik in Rheinland-Pfalz stärker fördern

Einer der Hotspots für den Klimawandel in Deutschland wird der Oberrheingraben zwischen Freiburg und Mainz werden. So jedenfalls die Prognose des [WDR Quarks Teams](#). Die Region Rheinpfalz und Rheinhessen in unserem Bundesland werde von mehr Hitzetagen, Starkregenereignissen und durchschnittlichen Temperaturerhöhungen getroffen. Dadurch entsteht nicht nur großer Druck auf Natur und Artenvielfalt, auch die Landwirtschaft in der Region wird von der beginnenden Klimakrise in Mitleidenschaft gezogen.

Wichtig, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt, sei eine Verbesserung der Klimabilanz in allen Wirtschaftszweigen. Innovative Wirtschaftsmodelle, Kreislaufwirtschaft oder die Förderung nachhaltiger Wirtschaftszweige müssten deshalb an oberster Stelle bei Förderprogrammen und Haushaltsberatungen stehen. Insbesondere auch die Landwirtschaft müsse nachhaltiger werden und den Klimawandel durch die Reduzierung ihrer klimaschädlichen Subventionen abfedern. Dies erfordere eine stärkere Förderung erneuerbarer Energie in der Landwirtschaft.

Der Agrophotovoltaik komme in Rheinland-Pfalz eine besondere Rolle zu, so der Wirtschaftsverband und verweist auf eine kürzlich veröffentlichte Studie des Öko-Instituts Freiburg. Das Institut für angewandte Ökologie habe das theoretisch nutzbare sowie das schnell erschließbare Flächenpotenzial für die Agrophotovoltaik auf regionaler Ebene untersucht. Wenig überraschend liegen die am besten realisierbare Gebiete in Deutschland mit besonderem Synergiepotenzial oder geringer Nutzungskonkurrenz an der Rheinschiene zwischen der Südpfalz und Rheinhessen ([Studie S.18 ff](#)).

Der Landesverband für Solarenergie weist darauf hin, dass die Doppelnutzung von Agrarflächen, vornehmlich auch im kleinflächigen Sonderkulturanbau wie bei Trauben, Obstbäumen, Beeren und vielen Gemüsesorten, Chancen bietet, Pflanzen vor der direkten Sonneneinstrahlung oder zu starkem Regen zu schützen und gleichzeitig Energie zu ernten, die für eine Elektrifizierung des Fuhrparks eingesetzt werden kann. Der Schutz vor Hagelschäden und Sonnenbrand mache auch teure und wartungsintensive Schutzvorrichtungen wie Sonnen- und Hagelschutznetze überflüssig

Am 1. Juli 2024 sei das neue Klimaanpassungsgesetz des Bundes in Kraft getreten, in dem Rheinland-Pfalz aufgefordert werde, eine landesspezifische Anpassungsstrategie vorzulegen. Kommunen müssen dazu Anpassungskonzepte erarbeiten, so der Landessolarverband. Deshalb müssten jetzt Land und Kommunen wesentlich stärker landwirtschaftliche Agri-PV Projekte mit Regenwassermanagement in den Fokus ihrer Bemühungen bei Klimaschutzmaßnahmen nehmen. Eine Finanzierung solcher Aufgaben könne beispielsweise über eine im Grundgesetz verankerte Gemeinschaftsaufgabe geschehen. Bis diese installiert sei, müsste das Land und seine Einrichtungen verstärkt EU Förderprogramme nutzen, um die Agri-PV in Rheinland-Pfalz aktiv zu unterstützen, so die Verbände abschließend.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 29. Juli 2024